

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr.13

Ausführlicher Bericht

29. Mai 2006

DEKRETENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES EINNAHMENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2006 - DOKUMENT 5-061 (2005-2006) NR. 2

DEKRETENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2006 - DOKUMENT 5-161 (2005-2006) NR. 2

REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUR INFRASTRUKTURPOLITIK DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT - DOKUMENT 61 (2005-2006) NR. 2

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT HINSICHTLICH DER ANHEBUNG DER FUNKTIONSZUSCHÜSSE BZW. -DOTATIONEN AN DIE SCHULEN UND ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN IM DEUTSCHEN SPRACHGEBIET VOR DEM HINTERGRUND DER GESTIEGENEN HEIZÖLPREISE UND DER LANGEN KÄLTEPERIODE - DOKUMENT 59 (2005-2006) NR. 2

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT. - Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister. - Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Jahren 2005 und 2006 - in den beiden letzten Haushaltsjahren - wurde der Unterrichtshaushalt strukturell, d.h. rekurrent, um 5 Millionen EUR erhöht. Ich sagte bereits in der letzten Haushaltsdebatte, dass das an der einen oder anderen Stelle nicht ausreicht, aber es ist in jedem Fall eine bedeutende Anstrengung für unsere Größenordnung.

Mit diesem Geld haben wir Gehaltserhöhungen für Lehrer finanziert, zuzüglich zum Index. Wir haben die Urlaubsgelder für die Beschäftigten im Unterrichtswesen erhöht. Wir haben mehr Lehrer pro Schüler auf allen Schulebenen zur Verfügung gestellt. Wir haben mehr Sitzplätze in der Schülerbeförderung zur Verfügung gestellt und die Fahrzeiten verkürzt. Wir haben die Mittel für pädagogische Zwecke erhöht. Wir haben die Mittel für Weiterbildungen unseres Lehrpersonals entscheidend erhöht und wir haben die Mittel für unsere Schulmediotheken erhöht.

Bei all diesen Erhöhungen bleibt es auch nach der heutigen ersten Haushaltsanpassung, und dies trotz bedeutender Mindereinnahmen, an denen wir keine Schuld tragen, und trotz - daran erinnere ich nochmals in diesem Zusammenhang - weiterhin sinkender Schülerzahlen.

Die Haushaltsanpassung enthält technische Anpassungen, die mit dem verspäteten Indexsprung zu tun haben. Darauf braucht man nicht näher einzugehen. Die Mittel für den Schülertransport - das allerdings ist interessant - werden auch vor diesem schwieriger gewordenen Hintergrund ein weiteres Mal erhöht.

Nun hat die CSP in Form einer Resolution - eigentlich ist es eine Haushaltsabänderung, die vorgeschlagen wird - verlangt, dass die Funktionszuschüsse u.a. für unsere Schulen erhöht werden. Wenn man Ihren Vorschlag durchrechnet und auf den Unterrichtshaushalt überträgt, dann fordern Sie von uns eine Erhöhung der Funktionsmittel um 1,2%.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, es kann Ihnen nicht entgangen sein - ich glaube bei der letzten Haushaltsdebatte habe ich mich laut genug ausgedrückt -, dass wir diese Zuschüsse bereits erhöht haben, und zwar um weit mehr als 1,2%. Wir haben die Funktionszuschüsse in diesem Jahr, Haushalt 2006, um fast 3% angehoben. Im Haushalt 2006 werden - im Vergleich zum abgeänderten Haushalt 2005 - zusätzliche Mittel in Höhe von 200.000 EUR vorgesehen, das sind im Schnitt 14,2 EUR pro Schüler.

Kollege Palm hat zurecht darauf hingewiesen, dass zusätzlich zu dieser Erhöhung, die wir in diesem Jahr beschlossen haben, auch der Sonderzuschuss für gestiegene Energiekosten aus dem Jahre 2001, diese 5%ige Erhöhung, in diesem und voraussichtlich auch im nächsten Jahr ausbezahlt werden wird.

Es gibt also bereits Sonderzuschüsse für gestiegene Energiekosten. Wir haben damit nicht auf ihren Resolutionsvorschlag gewartet. Die Frage ist nun, ob es sinnvoll ist, dieses Geld des Föderalstaates, diese 82.000 EUR zu nutzen, um die bereits doppelt erhöhten Mittel ein weiteres Mal um 1,2% zu erhöhen.

Ich glaube, dass das nicht notwendig ist. Kollege Chaineux hat auf das GUV hingewiesen und gemeint, gerade die Schulen des GUV befänden sich wegen dieser erhöhten Heizölkosten in einer besonders angespannten Situation. Kollege Chaineux, wenn Sie den Rechnungshofbericht nachlesen, dann werden Sie feststellen, gerade die Schulen unseres eigenen Netzes verfügten im Januar 2005 über Reserven in einer Größenordnung von 784.000 EUR. Ich möchte an zwei Beispielen das festmachen, was Sie vorgeschlagen haben.

Nach ihrem Vorschlag würde die Autonome Hochschule die gigantische Summe von 1.040 EUR bekommen, über die man sich sicherlich vor Ort freuen würde. 1.040 EUR, die man aber nicht braucht, um die vorliegenden Heizölrechnungen bezahlen zu können. Wenn wir Ihrem Vorschlag folgen, stellt sich im nächsten Winter die Frage: Und was geschieht nun? Müssen wir die Mittel ein weiteres Mal erhöhen? Oder ist es, wie ich glaube, nicht besser, die Fenster zu ersetzen und bestimmte Isolierungsmaßnahmen vorzunehmen, die dazu beitragen, dass die Kosten des nächsten Winters kleiner werden und mit Sicherheit - wenn ich mir die Investitionen anschau - zu Einsparungen von 1.040 EUR führen werden? Noch besser wäre es, noch angestrebter an der Frage des definitiven Standortes für unsere Autonome Hochschule zu arbeiten. Ich erneuere in diesem Zusammenhang noch einmal meinen Vorschlag, die Autonome Hochschule hier im Parlamentsgebäude am Kaperberg unterzubringen. Wie schnell das gehen kann, wissen Sie hier im Hause am besten, denn das hängt leider nicht von mir alleine ab. Aber es ist mein Wunsch.

Ich könnte als weiteres Beispiel das César-Franck-Athenäum in Kelmis nennen. Ihrem Vorschlag zufolge würde das César-Franck-Athenäum eine Summe von 5.000 EUR erhalten, worüber man sich dort sicherlich freuen würde. Ich kann Ihnen aber versichern, das César-Franck-Athenäum ist auch ohne diese 5.000 EUR in der Lage, die Heizölrechnungen zu begleichen, verfügt das Athenäum doch, wie Sie im Rechnungshofsbericht nachlesen können, über eine ausreichende Reserve. Vor diesem Hintergrund halte ich es für sinnvoller, im César-Franck-Athenäum von Kelmis in eine Heizungssteuerungsanlage zu investieren, und zwar in einer Größenordnung von 40.000 EUR. Genau das, wenn Sie den Infrastrukturplan im Detail nachlesen, haben wir in diesem Jahr bereits getan. Wir

stellen 40.000 EUR zur Verfügung, damit dort eine vernünftige Heizungssteuerung eingebaut werden kann. Mit dieser Investition wird man dort innerhalb kürzester Zeit diese 5.000 EUR einsparen und gleichzeitig einen wichtigen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Statt unser Geld mit Gieskannen zu verteilen und im wahrsten Sinne des Wortes zu verheizen, zu verpulvern, sollten wir unsere Kräfte bündeln, um unsere Abhängigkeit vom Öl zu verringern! Wir brauchen keine Flickschusterei, wir brauchen nachhaltige Investitionen in die Zukunft unseres Standortes, in unsere eigene Zukunft und vor allem in die Zukunft unserer Kinder. Wir haben in diesem Infrastrukturplan alleine im Schulbaubereich bereits jetzt Hunderttausende Euro für energiesparende Maßnahmen, für Heizungssteuerungen, Wärmedämmung, Fenster, Heizkessel usw. zur Verfügung gestellt. Das ist weit mehr als die 82.000 EUR des Föderalstaates, auf die wir nicht gewartet haben.

In einem haben Sie jedoch Recht: Das reicht bei Weitem nicht aus. Wir müssen viel, wir müssen sehr viel mehr tun, wenn wir den Bedürfnissen der heutigen Generation begegnen wollen, ohne die Interessen, Ansprüche und Rechte kommender Generationen zu gefährden. Das ist übrigens die Definition von Nachhaltigkeit.

Genau das ist der Hintergrund dieser Regierungserklärung zur Infrastrukturpolitik, die eine bedeutende Weichenstellung vornimmt. Kollege Chaineux von der CSP glaubt erkannt zu haben, es handele sich hier nur um eine Ankündigung.

Sie haben Recht, Kollege Chaineux, wir werden jetzt im Plenarsaal keine Zementmaschinen auspacken, Beton mischen und Mauern bauen. Nein, wir kündigen etwas an. Ich kann mir nicht vorstellen, was wir anderes an diesem Rednerpult tun könnten, als etwas anzukündigen. Aber das, was wir ankündigen, ist keinesfalls banal, zu vage oder etwas Althergebrachtes. Nein, das ist eine fundamentale Weichenstellung. Diese Regierungserklärung ist eine Aufforderung zum schnellen und konkreten Handeln. Hier werden bedeutende Investitionen vorgesehen, die zu Belastungen führen werden, die über diese Legislaturperiode hinausgehen.

Entscheidend ist für uns genau wie für jeden privaten Häuslebauer die Antwort auf zwei Fragen: 1. Brauchen wir diese Investitionen? Sind sie notwendig? Müssen wir sie jetzt tätigen oder können wir 20 oder 30 Jahre warten? 2. Können wir uns diese Investitionen leisten?

Die Antwort auf den ersten Fragenkomplex dürfte eigentlich sehr einfach sein. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir diese Investitionen gerade im Unterrichtswesen brauchen. Wir haben die Verantwortung, Kindern und Lehrpersonen vernünftige Arbeitsbedingungen anzubieten, Häuser des Lernens zu ermöglichen, in denen Lehren und Lernen möglich ist und Spaß macht.

Wir alle wissen - und das haben alle Fraktionen eingesehen -, dass die Arbeitsbedingungen in unseren Schulen heute bei Weitem noch nicht überall modernen Ansprüchen genügen. Durch die bedeutenden Investitionen der letzten Legislaturperiode konnte ein Großteil des Bedarfs im OSU abgedeckt werden. Aber wer sich die Zeit nimmt - ich tue das tagtäglich -, unsere Schulen zu besuchen, der wird ganz unzweifelhaft feststellen, dass mancherorts die Arbeitsbedingungen für unsere Kinder und Lehrer nicht nur nicht modern, sondern nach meiner festen Überzeugung in einigen Fällen schlicht unzumutbar sind. Gerade im Gemeinschaftsunterrichtswesen besteht ein enormer Nachholbedarf. Aufgerissene Schulhöfe, bröckelnde Fassaden, Wasserlachen, Risse in Dächern und Mauern, fehlender Sonnenschutz, enge Klassenzimmer und defekte Toiletten sind nicht der Rahmen, indem sich Kinder und Lehrer wohlfühlen können.

Wir wissen aus zahlreichen Studien unzähliger Universitäten, und wahrscheinlich auch aus gesundem Menschenverstand, wie wichtig modern ausgestattete Schulbauten für unser Unterrichtswesen sind. Ich möchte, stellvertretend für viele andere Studien, aus einer international bekannten Studie einen Satz zitieren: „Die Qualität der räumlichen Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeitsleistung

stehen in einem engen Zusammenhang. Lernende spüren sofort, ob die Umgebung sie beim Lernen unterstützt oder behindert, ob Räume ihnen die Wertschätzung der Bildungsorganisationen signalisieren oder Desinteresse. Die Bedeutung der Infrastruktur für die Qualität der Bildung ist daher kaum zu überschätzen.“ Dies hat im Übrigen der Erfinder der PISA-Studie, Herr Andreas Schleicher, uns ebenfalls nachhaltig zu verstehen gegeben.

Erlauben Sie mir kurz, einen meiner Amtsvorgänger, Herrn W. Schröder, zu zitieren. Während seiner Amtszeit, vor 10 Jahren, war er mit einer Zeitungsannonce konfrontiert worden, in der gestanden hatte: „Investiert in Menschen und damit in Arbeitsplätze, statt in Beton und Steine und damit in Infrastruktur.“ Ich glaube in den letzten Monaten meiner Amtszeit schon ähnliche Annoncen gesehen zu haben. W. Schröder erteilte solchen Behauptungen damals eine klare Absage, aber vor allem sagte er wörtlich: „Optimale Arbeitsbedingungen, das heißt auch Steine und Beton.“ Ich zitiere ihn weiter: „Es ist mein fester Wille, dafür Sorge zu tragen, dass in diesem Bereich“ - er meinte die Schulen - „vorhandener Nachholbedarf gedeckt werden kann in allen Netzen.“

Ich glaube, Herr W. Schröder hatte mit dieser Forderung vor 10 Jahren völlig Recht. In den letzten Jahren, vor allem in der Amtszeit meines direkten Amtsvorgängers, Herr Gentges, ist in unsere Gemeindeschulen sehr viel investiert worden. Aber in meinen Augen ist heute die Zeit reif, den Nachholbedarf, wie Herr W. Schröder zu Recht forderte, in allen Netzen und allen Schulen gleichzeitig aufzuarbeiten, im OSU, im FSU und vor allem auch im GUW, und damit gleichzeitig die Voraussetzungen für eine effiziente Gestaltung unserer Schullandschaft zu schaffen.

Wir dürfen unseren Kindern und Lehrern nicht zumuten, noch einmal 10, 20 oder 30 Jahre auf diese Investitionen zu warten. Wir brauchen diese Investitionen jetzt und heute. Das sind wir dieser und vor allem den kommenden Generationen schuldig. Wir können uns diese Investitionen auch leisten. Wir können uns sie deshalb leisten, weil es uns gelungen ist, vernünftige, verkraftbare, der Entwicklung unserer Einnahmen angepasste Grenzen zu definieren und dabei, genau wie die allermeisten Staaten in Europa und insbesondere in den beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes, auf moderne Finanzierungstechniken und Partnerschaften zurückzugreifen. Denn eines dürfte ja wohl jedem klar sein: Solche Investitionen in dieser Größenordnung kann niemand aus dem Sparguthaben oder der Portokasse finanzieren. Dafür braucht man alternative Finanzierungsformen. Wer heute die Regierungserklärung in ihren inhaltlichen Aussagen unterstützt, wer diese Investitionen auch tätigen möchte, der muss wissen, dass er gleichzeitig ein deutliches Ja zur alternativen Finanzierung gibt.

Solche Investitionen in unsere Schulen sind immer eine finanzpolitische Belastung für die Zukunft, aber genau in diese Zukunft investieren wir ja. Es handelt sich um nachhaltige Investitionen in unsere Kinder und deren Urenkel, also in die kommenden Generationen. Kollege Palm hat im Namen der PJU/PDB-Fraktion darauf hingewiesen, dass wir immer gefordert haben, verlässliche, verkraftbare Messgrößen für unsere Infrastrukturpolitik festzulegen und dabei die Gesamtbelastung aller Kosten, also auch Zinsen, Kredit- und Leasingraten zu berücksichtigen. Genau dieser Forderung kommt diese Regierungserklärung nach, indem eine klare Messgröße von 15-17,5% definiert wird. Ich weiß, damit gehen wir das Risiko ein, Kollege Niessen, heute eine klare Aussage zu machen und später daran gemessen zu werden. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen. Aber, wir stellen uns diesem Risiko, denn wir glauben, dass dieser Finanzrahmen verkraftbar und sinnvoll ist, um das zu erreichen, was unsere Kinder und sehr wahrscheinlich auch deren Enkelkinder brauchen werden.

Wer nicht damit einverstanden ist, solche Größen zu definieren und in dieser Weise jetzt sofort zu handeln, der muss Kindern, Eltern und Lehrern z.B. im Königlichen Athenäum in Eupen, im César-Franck-Athenäum in Kelmis, im RSI, im Königlichen Athenäum in St. Vith, in Amel, in Herbesthal, in Eupen oder St. Vith sagen, dass sie noch 20-30 Jahre auf eine Verbesserung ihrer Situation, auf Renovierung, auf An-, Um- oder Neubauten warten müssen. Wir möchten unserer Bevölkerung das nicht zumuten. Schüler und Lehrer können nicht länger auf diese Investitionen warten, und wir wissen, dass wir hier die richtigen finanzpolitischen Messgrößen definiert haben. Wir müssen handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dafür bittet die Regierung Sie um Ihr Vertrauen!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)